

**Frankfurter  
Montags-  
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen  
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Putin-Versteher und Putin-Kritiker.  
Heftige Kontroversen um die deutsche  
und westliche Rußlandpolitik**

Egbert Jahn

4. Juli 2016

Adresse des Autors:

Prof. em. Dr. Egbert Jahn  
Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Fachbereich 03 Gesellschaftswissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Theodor W. Adorno-Platz 6  
D-60323 Frankfurt  
Tel.: +49-69-798 36653 (Sekretariat)  
E-mail-Adresse: [e.jahn@soz.uni-frankfurt.de](mailto:e.jahn@soz.uni-frankfurt.de)  
<http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46500384/ejahn>

## **Zusammenfassung**

Über die Politik gegenüber dem neuen Rußland herrschte weder im Westen allgemein noch in Deutschland im besonderen in den vergangenen 25 Jahren jemals Konsens. Doch sind die Kontroversen über die westliche und deutsche Rußlandpolitik seit dem epochalen Ereignis der militärischen Verletzung des territorialen Status quo der Staatenordnung durch Rußland im Jahre 2014 wesentlich schärfer geworden. Sie betreffen sowohl die innere Staatsordnung als auch die Außenpolitik Rußlands, die in der Ära Putin sich immer mehr von den Vorstellungen entfernten, die seit 1991 in Bezug auf eine Einordnung Rußlands in das marktwirtschaftlich-demokratische Weltsystem gehegt wurden, im Westen ebenso wie größtenteils in Rußland.

Von Anfang an war die Osterweiterung der NATO, aber immer mehr auch die der EU in den westlichen Bündnissen umkämpft. Aber auch manche deutsch-rußländischen Gemeinsamkeiten gegenüber der US-amerikanischen Weltpolitik (Militärinterventionen im Irak und Libyen, Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine etc.), der Bau der Ostsee-Gaspipeline Nordstream und die Strategie der Konfliktmäßigung in der Ukraine-Krise haben heftige Auseinandersetzungen hervorgerufen. Wie auf die in der dritten Amtsperiode des Präsidenten V. V. Putin stark zunehmenden autokratischen Tendenzen zur Unterdrückung von Bürgerfreiheiten und vor allem auf die Expansion Rußlands in der Ukraine reagiert werden soll, darüber streiten Rußland- oder Putin-Versteher und Kritiker seiner Innen- und Außenpolitik äußerst heftig. Dabei haben sich die rußlandpolitischen Positionen der etablierten politischen Parteien in den vergangenen zehn Jahren erheblich verändert. Hinzu kommen die merkwürdigen rußlandpolitischen Übereinstimmungen zwischen traditionellen linken und neuen rechtspopulistischen Parteien im gesamten Westen.

Ratsam ist in dieser Situation eine deutliche Unterscheidung zwischen notwendig pragmatischer Kooperations- und sektoral und begrenzt auch Konfrontationspolitik der Regierungen und der Führung von Regierungsparteien gegenüber der Weltnuklearmacht Rußland einerseits und einer kompromißlosen Kritik wesentlicher Institutionen der westlichen Öffentlichkeit (Medien, Parteibasisorganisationen, Verbänden und Mitgliedern der Zivilgesellschaft) an den Völkerrechtsverstößen und Menschenrechtsverletzungen der Machtelite Rußlands andererseits. Auch wenn dies bei großen Teilen der Gesellschaft Rußlands auf wenig Verständnis stößt, so ist diese kritische Haltung im Westen doch ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Gesellschaften in den Nachbarländern Rußlands, die sich durch die expansive Politik Moskaus unter Präsident Putin bedroht sehen, außerdem zur Ermutigung der wie auch immer noch lange schwachen liberalen und demokratischen Kräfte innerhalb Rußlands.

## **1 Die Zuspitzung der gesellschaftspolitischen und internationalen Kontroversen über die westliche Rußlandpolitik**

Politik gegenüber dem neuen Rußland war weder im Westen allgemein noch in Deutschland im besonderen in den vergangenen 25 Jahren jemals konsensual. Doch sind die Kontroversen über die westliche und deutsche Rußlandpolitik seit dem epochalen Ereignis im Jahre 2014, als Rußland den territorialen Status quo der weltweit bislang weitestgehend stabilen Staatenordnung militärisch verletzte, wesentlich schärfer geworden. Sie betreffen das westliche Verhältnis nicht nur zur Außenpolitik sondern auch zur inneren Staatsordnung Rußlands, das sich in der Ära Putin immer mehr von den Vorstellungen entfernte, die seit 1991 auf eine Einordnung Rußlands in das marktwirtschaftlich-demokratische Weltsystem gerichtet waren, wie sie im Westen ebenso wie in großen Teilen der Gesellschaft Rußlands gehegt wurden. Rußland hat sich seit dem Dezember 1993 schrittweise auf einen eigenen, ständig autokratischer werdenden gesellschaftspolitischen Weg begeben und definiert immer häufiger seine außen- und weltpolitischen Interessen als im Gegensatz zu denen des Westens, insbesondere der USA, stehend. Hätte sich Rußland für eine liberal-demokratische Entwicklung entschieden, so gäbe es zweifellos auch manche außenpolitischen Differenzen mit den USA von der Art, wie sie hin und wieder zwischen den USA, Frankreich, Deutschland, Japan, Australien und anderen demokratischen Mächten entstehen, die niemals mit kriegerischen Mitteln ausgetragen werden. Aber es hätte keine scharfen internationalen politischen Konfrontationen auf der Grundlage gegensätzlicher gesellschaftspolitischer Interessen gegeben.

Der Kern der Streitfrage um die westlich-deutsche Rußlandpolitik ist also die Frage, wie demokratische Gesellschaften und Staaten ihre Beziehungen zur ökonomisch schwachen, aber militärisch zweitstärksten Weltmacht Rußland gestalten sollen. Dies ist sowohl zwischen den westlichen Nationen als auch zwischen den politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen in diesen Nationen heftig umstritten. Die breite Fülle der unterschiedlichen nationalen und gesellschafts- und parteipolitischen Positionen läßt sich hier nicht darstellen. Aber es soll versucht werden, die wichtigsten Grundpositionen unter ihnen herauszuarbeiten.

Eine zentrale Frage, die sich vielen Zeitgenossen stellt, lautet: Sind die wiederholt entstehenden Spannungen und sogar Kriegsdrohungen zwischen Rußland und dem Westen Folge der inneren, gesellschaftspolitischen Entwicklung Rußlands? Oder wurde Rußland vom Westen außenpolitisch, insbesondere durch die Osterweiterung der NATO, aber auch der EU, in die Isolation und in die Konfrontation mit dem Westen gedrängt? Ist also eine verfehlte westliche Rußlandpolitik verantwortlich für die erheblichen Spannungen in der nördlichen Hemisphäre,

die manche Zeitgenossen zur Beschwörung der Gefahr eines neuen Kalten Krieges<sup>1</sup> oder gar eines nuklearen Weltkrieges veranlaßt?

Von Anfang an war die Osterweiterung der NATO, aber immer mehr auch die der EU, umstritten. Aber auch manche deutsch-rußländischen Gemeinsamkeiten gegenüber der US-amerikanischen Weltpolitik (Ablehnung der Militärinterventionen im Irak und Libyen und der NATO-Mitgliedschaft Georgiens und der Ukraine etc.), der Bau der Ostsee-Gaspipeline Nordstream und die Strategie der Konfliktmäßigung in der Ukraine-Krise haben das neue Ost-West-Verhältnis geprägt. Die Annexion der Krim und die verdeckte Aggression im Donbass einigten trotz mancher Meinungsunterschiede die Regierungen und die maßgeblichen politischen Parteien aller 34 westlichen Bündnismitglieder der NATO und der EU zu einer gemeinsamen Sanktionspolitik gegen Rußland, auch wenn es in den westlichen Gesellschaften viele kritische Stimmen gegen die Politik der eigenen oder anderer westlicher Regierungen gibt.

Schon seit Jahren wird eine Kontroverse zwischen vereinfachend Rußland- bzw. Putin-Versteher und Rußland- bzw. Putin-Kritiker genannten Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern darüber geführt, wie der Westen insgesamt und insbesondere das jeweilige eigene Land auf die Innen- und Außenpolitik Rußlands reagieren sollen. Dabei stand anfangs vor allem die Beschneidung von Bürgerfreiheiten in Rußland, die in der dritten Amtsperiode des Präsidenten V. V. Putin stark zugenommen haben, im Zentrum der Auseinandersetzungen. Vorübergehend war es aber auch die heftige Kritik Rußlands an den einzelnen, tatsächlichen und in Aussicht genommenen Osterweiterungen der NATO, außerdem an den westlichen Interventionen in der Bundesrepublik Jugoslawien, im Irak und in Libyen. Im Laufe der Zeit haben sich die rußlandpolitischen Positionen der etablierten politischen Parteien und Medien zum Teil erheblich verändert, vor allem nach der militärischen Expansion Rußlands 2014. Gegner und verständnisvolle Sympathisanten der Putinschen Politik haben sich zeitweise mit deftigen, herabwürdigenden Bezeichnungen angegriffen. Da war z. B. von Putin-Knutscherei (anlässlich der Feier zum 70. Geburtstag Gerhard Schröders in St. Petersburg<sup>2</sup>) oder von „moralinsaurem Rußland-Bashing“ (Gernot Erler)<sup>3</sup> die Rede.

## **2 Die Annäherung der etablierten Parteien in der Putin-Kritik und die Entstehung einer links-rechten Allianz der „Putin-Versteher“**

Der Begriff des „Putin-Verstehers“, der meist gleichbedeutend mit dem eines „Rußland-Verstehers“ gebraucht wird, wobei letzterer sich auch auf das Rußland unter der Präsident-

schaft Boris N. Jelzins zu beziehen pflegt,<sup>4</sup> wird überwiegend als ein polemisch-spöttischer Begriff benutzt, der von manchen Angegriffenen auch trotzig zu einem Bekenner-Begriff gewandelt wurde.<sup>5</sup> Verstehen hat in diesem Kontext eine ganz spezifische Bedeutung erlangt, wenn auch mit wichtigen verschiedenen Varianten. Ein Land, eine Person, eine Politik verstehen und sich erklären zu wollen, ist das selbstverständliche Anliegen eines jeden Wissenschaftlers und jeden aufgeschlossenen Bürgers, der sich für irgendeinen Gegenstand interessiert und wissen will, um was es sich handelt, wie und warum er entstanden ist und sich entwickeln wird. Das Verstehen ist die Voraussetzung dafür, wie der untersuchte Gegenstand nach anderweitig entwickelten, z. B. ethischen oder politischen Maßstäben zu beurteilen, zu billigen oder zu kritisieren, evtl. zu bekämpfen ist.

Diese breite wissenschaftlich-aufklärerische Bedeutung des Verstehens ist im Begriff des Putin- oder Rußlandverstehers gar nicht gemeint, wie die so titulierten Autoren gern für sich in Anspruch nehmen. Gemeint ist vielmehr ein Verstehen im Sinne eines Einverständnisses, der Billigung, der Sympathie oder zumindest der Duldung heischenden Nachvollziehbarkeit. Somit ist bereits vom Begriff her ein gewisses Spektrum des Verständnisses für Rußland bzw. Putin angelegt. Wer etwas duldet, muß es nicht billigen, für gut heißen, zum Vorbild für das eigene Denken und Handeln nehmen. Aber er wendet sich gegen Kritik oder gar gegen oppositionelles Handeln gegen das, wofür er Verständnis aufbringt.

Beim Rußland-Verstehen geht es nicht um Rußland an sich, um seine Landschaften, sein Klima, seine Bewohner, seine Literatur, Musik, Malerei, Geschichte, Wissenschaft, Philosophie und sonstige Kultur, sondern um die Politik der Regierung des neuen Rußlands, seit der Wahl Boris N. Jelzins 1990, und vor allem Wladimir W. Putins 2000 zum Präsidenten im neuen, schrittweise immer autokratischer werdenden postsowjetischen politischen System Rußlands. Rußland-Verstehen bezieht sich also auf die Politik, vorzugsweise die Außenpolitik, aber teilweise auch die Innenpolitik der Machtelite und ihrer jeweils führenden Persönlichkeit Rußlands.<sup>6</sup> Nur am Rande geht es auch um Verständnis für die Person Putin.

Folgende Positionen lassen sich im Streit um die gegenwärtige Rußlandpolitik unterscheiden. Auf seiten der Rußland-Versteher: 1. Die repressive, autokratische Innenpolitik Rußlands wird von vielen rechtsradikalen Parteien in ganz Europa (und vermutlich auch in den USA) als in vieler Hinsicht vorbildlich für das eigene Land angesehen. Einige dieser Parteien lassen sich auch finanziell aus Rußland unterstützen und leisten bereitwillig politisch-medialen Beistand für Putins Politik. 2. Manche linke, kommunistische oder sozialistische Gruppierungen sehen im postsowjetischen Rußland, das zunehmend die Verdienste der sowjetischen Gesell-

schaftspolitik würdigt, immer noch als Antipoden zum westlichen Kapitalismus. Der ehemalige KGB-Agent und Kommunist Putin ist in diesen Augen ein Garant dafür, daß Rußland nicht gänzlich auf kapitalistische Wege abrutscht. 3. Nationalpolitisch motivierte, darunter auch durchaus konservativ-demokratisch gesinnte Kritiker an der Mitgliedschaft ihres Landes in der NATO und oft auch in der EU, sehen in Putins Rußland einen zentralen Akteur bei der Schaffung eines multipolaren internationalen Systems, bestehend aus ungebundenen Nationalstaaten, frei von der Hegemonie der USA. 4. Viele Pazifisten und andere friedenspolitisch besorgte Bürger haben schlicht Angst vor einem neuen kalten Krieg oder gar vor einem Nuklearkrieg, da nach ihrer Ansicht die NATO und die EU durch ihre Osterweiterung Rußland fahrlässig in seinen essentiellen Sicherheitsinteressen bedrohe und zur Vorwärtsverteidigung in Georgien und im Osten der Ukraine dränge. Diese Gruppe der Rußland-Versteher aus allen demokratischen Parteien von grün bis konservativ, die keinerlei Sympathien für die repressive, autokratische Innenpolitik in Rußland haben, dürfte die weitaus größte Gruppe der Putin-Versteher ausmachen, vor allem in Deutschland, wo der Zweite Weltkrieg vorwiegend als von Deutschland verschuldeter deutsch-russischer Krieg verstanden wird.<sup>7</sup>

Positionen auf seiten der Rußland-Kritiker: 1. Die militärische Aggression Rußlands gegen die Ukraine verpflichtet den Westen aufgrund des allgemeinen Völkerrechts und der VN-Charta und insbesondere die USA und Großbritannien als Garanten der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine gemäß dem Budapester Memorandum vom 5. Dezember 1994, aufgrund dessen die Ukraine, Kasachstan und Belarus ihre Nuklearwaffen an Rußland übergeben hatten, auch mit militärischen Mitteln die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine zu gewährleisten, so wie seinerzeit im Falle der irakischen Aggression gegen Kuwait am 2. August 1990. Diese Position wird nur von einigen Außenseitern in den USA und anderen westlichen Ländern vertreten. 2. Manche Kritiker der Außenpolitik Rußlands diagnostizieren eine grundsätzliche Wendung Rußlands zur imperialen Expansion, auf die der Westen mit einer wesentlichen Verstärkung seiner eigenen militärischen Ausgaben und Anstrengungen reagieren müsse, um Rußland von einer ähnlichen verdeckten Aggression gegen die baltischen Staaten, Polen oder Rumänien abzuschrecken und die Bereitschaft zur gemeinsamen Verteidigung aller NATO-Mitglieder zu demonstrieren. Diese Position hat ihre stärksten Befürworter in den USA und den westlichen Nachbarstaaten Rußlands, wird aber von allen anderen NATO-Staaten zumindest zurückhaltend unterstützt. 3. Gegen die militärische Annexion der Krim und die Aggression in der Ostukraine waren nach einer dritten Auffassung voneinander getrennte relativ gemäßigte, jedoch spürbare politische und wirtschaftli-

che Sanktionen der EU-, der NATO- und anderer Staaten zu verhängen, da militärische Gegenmaßnahmen unverhältnismäßige Kosten und Risiken für das Leben von Zigmillionen Menschen ausgelöst hätten. Dabei wurden auch Nachteile für die eigene Wirtschaft und für politische Vorhaben in einigen Bereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen und in der Weltpolitik in Kauf genommen. Der eine Teil der Sanktionen soll erst dann aufgehoben werden, wenn das zweite Minsker Abkommen zur Beendigung des Krieges im Donbass durchgeführt worden ist, der andere, wenn die Annexion der Krim rückgängig gemacht wurde. Da letzteres kaum in absehbarer Zukunft geschehen wird, bleibt offen, wann dieser Teil der Sanktionen stillschweigend irgendwann – vermutlich ohne viel Aufheben – aufgegeben wird.

4. Hierbei vertreten die deutschen Sozialdemokraten und einige europäische Regierungen die Auffassung, daß die Sanktionen entsprechend Fortschritten bei der Durchführung des Minsker Abkommen schrittweise abgemildert werden sollen, während die offizielle Auffassung der EU und der USA die vollständige Verwirklichung des Minsker Abkommens als Voraussetzung für die Aufhebung der Sanktionen aus Anlaß des Krieges im Donbass fordert. Ungeklärt hierbei bleibt, was zu tun ist, wenn die Ukraine ihre Verpflichtungen aus dem Abkommen nicht vollständig erfüllt, insbesondere eine Verfassungsänderung, die einen besonderen Autonomiestatus des Donbass garantieren soll. Über ein Ende der Sanktionen wegen der Krim-Annexion wird keine öffentliche politische Debatte geführt.

5. Schon vor der Ukraine-Krise gab es heftige Kritik an der reformfeindlichen, ineffizienten Wirtschaftspolitik (Stopp der Modernisierungsinitiativen in der Präsidentschaft Dmitri A. Medwedjews begonnenen)<sup>8</sup> und an den autokratischen Tendenzen in der Innenpolitik Rußlands (Aushöhlung der föderativen Verfassungsordnung, Entmachtung des Parlaments, Wahlmanipulationen, Unterdrückung der Opposition, unaufgeklärte Mordfälle an Kritikern des Kremls, Einschränkung der Freiheiten von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, Mißachtung von zahlreichen Bürger- und Menschenrechten, überdurchschnittliches Korruptionsniveau usw.).<sup>9</sup> Dies müsse mit einer Reduzierung der ökonomischen Abhängigkeit von der Energieversorgung Rußlands und zu einer vielfältigen und differenzierten Einschränkung der Kooperationsfelder in den Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen beantwortet werden.<sup>10</sup> Auch hier waren die rußlandkritischen Stimmen in den USA, Polen, den baltischen und auch in den skandinavischen Ländern stärker als in Deutschland, wo es zeitweise eine Konfrontation zwischen grünen und christdemokratischen Politikern einerseits und Sozialdemokraten andererseits (und auch zwischen mit ihnen sympathisierenden Publizisten und Wissenschaftlern)<sup>11</sup> gab.

### **3      Etappen der Verschärfung und der Mäßigung der westlichen Rußlandpolitik**

Folgende Etappen in den Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen lassen sich ausmachen. In einer ersten Etappe verfolgte der Westen die Loslösung Rußlands von der Sowjetunion in den Jahren 1990/91 unter Boris N. Jelzin mit großem Mißtrauen und Ablehnung. Er unterstützte überwiegend die Versuche Michail S. Gorbatschows zur ökonomischen und politischen Reform der Sowjetunion. Erst nach der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 akzeptierte der Westen die politischen Kräfte um Jelzin, die eine Reformierung der Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands anstrebten, vor allem gegen die extrem konservative Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (KPRF), auch als Jelzin mit militärischer Gewalt den Obersten Sowjet entmachtete und im Dezember 1993 eine präsidentiale Demokratie mit außergewöhnlich weitreichenden Kompetenzen des Präsidenten oktroyierte. Bei der gleichzeitig einberaumten ersten freien Parlamentswahl erhielten die liberaldemokratischen Parteien jedoch nur ein Drittel der Stimmen. (Bei allen folgenden Wahlen ging ihre Stimmzahl weiter drastisch zurück, so daß die Demokraten Rußlands bisher niemals maßgeblichen Einfluß auf die Politik erhielten).

Nach dieser Wahl kehrte Rußland sich in vielen kleinen Schritten von der Idee einer vollständigen gesellschaftspolitischen und weltpolitischen Integration in das westliche liberaldemokratische System ab. Rußland wurde zwar in die Gipfeltreffen der führenden Industrienationen einbezogen (G 8), Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank und schließlich auch der Welthandelsorganisation; es näherte sich der NATO durch die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden, am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und am NATO-Rußland-Rat an, betonte aber seit 1993 immer mehr die Eigenständigkeit seines gesellschaftspolitischen Systems in Differenz zur westlichen, pluralistischen Demokratie. Außerdem erhob es Anspruch auf bestimmenden Einfluß im „nahen Ausland“, d. h. in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie auch im ehemals kommunistischen Europa (wie z. B. Jugoslawien). Widerwillig beugte es sich der Entscheidung der NATO auf Annahme der Beitrittsgesuche Polens, Tschechiens, Ungarns (1999), dann auch Sloweniens, der Slowakei, Bulgariens, Rumäniens, Estlands, Lettlands, Litauens (2004) und schließlich auch Kroatiens und Albaniens (2009). Erst unter Putin kritisierten die Regierung und das Parlament Rußlands diese angeblich im Bruch eines Versprechens erfolgte NATO-Osterweiterung<sup>12</sup> als eine Bedrohung der Sicherheitsinteressen Rußlands und erklärten, eine weitere Ausdehnung der NATO in die Kernländer der ehemaligen Sowjetunion sei nicht tolerabel. Dennoch wollten im



April 2008 die USA und die ostmitteleuropäischen Länder die Ukraine und Georgien in den Militärischen Aktionsplan zur raschen Vorbereitung der Vollmitgliedschaft aufnehmen. Dies scheiterte am Einspruch Deutschlands und Frankreichs, die darauf verwiesen, daß die Mehrheit der Ukrainer keine NATO-Mitgliedschaft wolle und Georgien durch den „eingefrorenen Konflikt“ mit Abchasien und Südossetien belastet sei.

Neben der strukturellen Grundsatzfrage der Sicherheitsarchitektur in Europa wurden die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland mehrmals durch einzelne national-territoriale Kriege belastet. Während der beiden Tschetschenienkriege (1994-1996 und 1999-2009) betonte der Westen zwar stets das Recht Rußlands auf Verteidigung seiner territorialen Integrität, kritisierte aber verhalten die unverhältnismäßig brutale Kriegsführung der rußländischen Streitkräfte im eigenen Land, die in Polen und den baltischen Staaten die Besorgnis vor einer zukünftigen Gefährdung ihrer Länder stimulierte. Diese Besorgnis steigerte sich 2008 und dann insbesondere 2014 zur weitverbreiteten Angst in der Bevölkerung der Nachbarländer Rußlands vor einer militärischen Expansionspolitik Rußlands. Zwar wurde der Südossetienkrieg durch einen Angriff Georgiens im August 2008 auf Südossetien und rußländische Friedenstruppen in diesem De-facto-Staat nach einer längeren beidseitigen Verschärfung der Spannungen und Drohungen ausgelöst,<sup>13</sup> aber in Teilen der westlichen Öffentlichkeit und Politik als Ausdruck rußländischer imperialer Expansion interpretiert, vor allem als Rußland nach dem Krieg nicht den Status quo ante wieder herstellte, sondern die Unabhängigkeit der beiden Republiken anerkannte und mit ihnen militärischen Beistandspakte schloß.

Diese militärpolitischen Schritte Rußlands sind aber im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Beziehungen mit dem Westens infolge anderer Konflikte zu sehen. Rußland sah den Krieg der NATO ohne VN-Mandat gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 ungeachtet der unmenschlichen Bürgerkriegsführung Belgrads im Kosovo und der massenhaften Flucht der albanischen Kosovaren als Völkerrechtsbruch und als Beeinträchtigung seines Einflusses auf dem Balkan an. Als dann ab Februar 2008 die meisten westlichen Staaten die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannten und der NATO-Gipfel in Bukarest kurz danach im April Georgien und der Ukraine eine zukünftige Mitgliedschaft in Aussicht stellte (trotz der Verhinderung einer unmittelbaren Einleitung der Aufnahmeverfahren durch Deutschland und Frankreich), war dies für Rußland ein weiteres Zeichen für die NATO-Expansionspolitik, die es zunächst mit der eigenen Machtausdehnung im Südkaukasus im August 2008 beantwortete.<sup>14</sup>

Vor allem aber eskalierte im neuen Jahrhundert die gesellschafts- und bündnispolitische Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel (d. h. EU und NATO) und Moskau und seinen zahlrei-

chen, bislang jedoch wenig erfolgreichen Integrationsprojekten<sup>15</sup> im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der zeitweise außer den drei baltischen Staaten alle zwölf anderen postsowjetischen Staaten angehörten.<sup>16</sup> Teile der GUS suchten aber auch eine gewisse Loslösung von Rußland, so Georgien, die Ukraine, Aserbaidshan und Moldau in der mit Hilfe der USA 1997 als informelle Vereinigung gegründeten GUAM (der zeitweise auch Usbekistan angehörte) und die 2006 als Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung – GUAM reorganisiert wurde. Auch mit der Annahme von Aktionsplänen der Europäischen Nachbarschaftspolitik seit 2004, von Partnerschafts- und Kooperations- oder von Assoziierungsabkommen und mit der Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft der EU 2009 gingen einige GUS-Staaten auf die Angebote zu einer Annäherung an die EU ein. Auch Rußland sollte durch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997 und das Projekt der „gemeinsamen vier Räume“ (Wirtschaft, Justiz, äußere Sicherheit, Kultur) von 2003 in diese Konzeption eines möglichst rechtsstaatlichen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Umfeldes der EU einbezogen werden.

Die Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau ist vor allem eine innenpolitische Auseinandersetzung zwischen den Teilen der Bevölkerung, die eine Liberalisierung und Demokratisierung ihrer Gesellschaft anstreben und demzufolge auch oft, wenn auch nicht durchgängig, eine bündnispolitische Anbindung ihres Landes an die EU und auch an die NATO suchen und anderen Teilen der Bevölkerung, die eine wie auch immer im einzelnen unbestimmte autokratische politisch-ökonomische Ordnung und eine bündnispolitische Anbindung an Rußland anstreben. Zu letzteren gehören sowohl Kommunisten und ehemalige Kommunisten als auch extrem rechts-konservative, manchmal religiöse, vor allem christlich-orthodoxe Bevölkerungsgruppen, die den westlichen Liberalismus, Individualismus und Laizismus und Lebensstil ablehnen. Zwischen den beiden Orientierungen bewegen sich sowohl liberal-demokratische als auch autokratische nationalpolitische Kräfte, die ihr Land sowohl aus dem Bündnis mit dem Westen als auch mit Moskau heraushalten wollen. Im Osten hat die Integrationskonkurrenz nach 1991 am deutlichsten die Gesellschaften der Ukraine<sup>17</sup> und der Moldau gespalten, aber sie ist auch in Rußland, Belarus, Armenien und Aserbaidshan zu beobachten, auch wenn sie dort durch harte staatliche Repression unterdrückt wird.

Der gesellschafts- und bündnispolitische Status quo wird in erster Linie durch die schwache ökonomische und politisch-moralische Integrationskraft Moskaus gefährdet, die immer mehr Menschen in den GUS-Staaten zur Rebellion gegen soziale Armut, Wahlmanipulationen, alltägliche Korruption, Polizeiwillkür und -gewalt, mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die Be-

schneidung der Meinungsvielfalt in den Medien veranlaßt. Dementsprechend wurden die sogenannten Farbrevolutionen in Serbien, Georgien, der Ukraine<sup>18</sup> und Kirgistan auch als Bedrohung der Machteliten in Russland und den anderen autokratischen Regimen der GUS interpretiert und repressive Gegenmaßnahmen eingeleitet. Vor allem die internationalen Nichtregierungsorganisationen waren im Fokus dieser Gegenmaßnahmen, da einige von ihnen die Farbrevolutionen mit organisatorischer und finanzieller Hilfe unterstützt hatten. Der arabische Frühling 2011/12 gab der Furcht der autokratischen Machteliten im Osten Europas vor oppositionellen Bürgerbewegungen neue Nahrung. Auf diese wirken die Freiheiten und der Wohlstand im Westen oftmals als Vorbild, das manche politische Oppositionskräfte zur außenpolitischen Anlehnung an die westlichen Staaten motiviert – verbunden mit der Hoffnung auf politische, ökonomische und manchmal auch militärische Hilfe. In der Sicht des Kremls und mancher Rußland-Versteher sind solche Bewegungen lediglich willfährige Instrumente US-amerikanischer, imperialer Machtausdehnung.

Neben den erwähnten national-territorialen Konflikten in Europa hat die Auseinandersetzung um den Plan der Errichtung einer Raketenabwehr der USA in Polen und Tschechien das westlich-rußländische Verhältnis vergiftet. Er wurde erst von Präsident Obama aufgegeben, aber von der Planung einer Raketenabwehr der NATO abgelöst. Deren erste Station wurde in Deveselu in Rumänien im Mai 2016 für einsatzfähig erklärt,<sup>19</sup> was Russland als Verletzung des Vertrages zur Abschaffung der Mittelstreckenraketen von 1987 interpretiert. Es hat seinerseits bereits im Dezember 2014 im Gebiet Kaliningrad moderne Iskander-Kurzstrecken-Raketen installiert. Beidseitige Truppenverlegungen an die Grenzen zwischen NATO und Russland und damit verbundene militärische Drohgebärden sind seit Beginn der Ukraine-Krise zusätzlicher Ausdruck der Verschärfung der Spannungen zwischen Brüssel und Moskau.

#### **4 Risiken einer konfrontativen und Gefahren einer willfährigen Rußlandpolitik**

Sehr viele Rußland-Versteher wissen sehr wenig über Rußland, über Land und Leute, über seine Gesellschaft und Geschichte, interessieren sich oft auch gar nicht dafür. Das liegt daran, daß Rußland-Verstehen oft nur ein Ausdruck von Fundamentalkritik an der Fortexistenz der NATO nach 1991 und der Weltpolitik der USA (gleichgültig unter welcher Regierung), manchmal auch der EU und der Außenpolitik des eigenen Landes ist. Solche Rußland-Versteher zeigten oder zeigen auch großes Verständnis für das Venezuela Chavez', das Jugoslawien Miloševićs, den Irak Saddam Husseins, das Syrien Assads, die Islamische Republik

Iran, die Volksrepublik China, also für andere Länder und Regime, die in Konflikt mit den USA oder der NATO geraten. Rußland-Versteher sind in aller Regel keine Ukraine-, Polen-, Baltikums-, Georgien-Versteher und zeigen auch kein Verständnis für die liberale, demokratische Opposition in Rußland.

Auf seiten der Rußland- bzw. Putin-Kritiker sind in den letzten Jahren bedeutsame Verschiebungen zu beobachten. Die Kritik an der Politik Rußlands und Putins bezog sich ursprünglich sehr stark auf die Innenpolitik, etwa auf die Tschetschenienpolitik und insbesondere auf den zunehmenden autokratischen Systemwandel, der bereits seit Dezember 1993 in Gang kam, aber sich in der Ära Putin seit 2000 beschleunigte. Daneben spielte die westliche Kritik an der Außenpolitik, vor allem gegenüber dem „nahen Ausland“, also im postsowjetischen Raum, eine eher untergeordnete Rolle, da die Einbindung Rußlands in den NATO-Rußland-Rat geeignet schien, die Vorbehalte Rußlands gegen die Mitgliedschaft der ostmittel- und südosteuropäischen Länder, dann sogar der baltischen Staaten, in die NATO zu besänftigen und auszuräumen. Erst der Südossetienkrieg 2008 und dann vor allem die Annexion der Krim und der Ostukraine-Krieg 2014 rückten die Außenpolitik Putins in den Vordergrund der Rußland-Kritik. Sie veranlaßte erhebliche Verschiebungen im Verhältnis zwischen westlichen Kritikern und Verstehern Rußlands und Putins. Viele, z. B. zahlreiche deutsche Sozialdemokraten, die bis 2014 großes Verständnis für die Politik Putins aufgebracht und grüne und christdemokratische Kritiker der Putinschen Innenpolitik zum Teil heftig attackiert hatten, wechselten nun auf die Seite der Putin-Kritiker, wenn auch auf ihren eher gemäßigten Flügel. Die Putin-Versteher hingegen fanden zahlreiche neue Sympathisanten in der bis dahin eher an Rußland desinteressierten Bevölkerung, vor allem im rechten politischen Spektrum.

Zahlreiche Stimmen warnen vor einem neuen Kalten Krieg und Rüstungswettlauf, der im schlimmsten Falle zum Dritten Weltkrieg führen könne. Zumindest würden langanhaltende Sanktionen und Gegensanktionen die wirtschaftliche und soziale Situation nicht nur in Rußland, sondern auch in einigen westlichen Ländern tiefgreifend schädigen, was die Stabilität der politischen Ordnungen auf beiden Seiten in Bedrängnis bringen könne und unberechenbare und gewaltbereite, rechtsnationale Kräfte hervorrufen würde.

Das Gegenargument lautet, eine Nachgiebigkeit und Beschwichtigungspolitik gegenüber der Expansions- und Erpressungspolitik Rußlands im Südkaukasus und in der Ukraine werde den Kreml zu weiteren imperialen Ausgriffen zunächst im GUS-Raum und schließlich auch gegen die östlichen NATO-Staaten ermuntern, weil eine solche westliche Politik in Moskau als Schwäche interpretiert werde. Das Ziel der Putinschen Politik sei es, den Westen zu spalten,

sowohl entlang nationaler als auch gesellschaftlicher Trennungslinien. Dabei würde der Kreml nicht nur wie zu Sowjetzeiten die westliche politische Linke und die Friedensbewegung als Spaltkräfte ansehen und unterstützen, sondern zunehmend auch rechtsnationale politische Parteien und Organisationen, die die NATO und die EU auflösen und Rußland als Partner im Kampf gegen die US-amerikanische Welthegemonie ansehen. Die Integrationskonkurrenz besteht also nicht nur aus gegensätzlichen gesellschafts- und bündnispolitischen Integrationsangeboten, sondern sie enthält auch zunehmend Desintegrationsstrategien zur Unterminderung der gesellschaftspolitischen Stabilität und Bündnisfestigkeit der anderen Seite.

## **5 Unterschiedliche Funktionen von Regierungspolitik und kritischer liberaler und demokratischer Öffentlichkeit**

Hinter dem polarisierten Streit zwischen Rußland-Verstehern und Rußland-Kritikern steht die grundsätzliche Frage, ob es sinnvolle und praktikable Alternativen zur Osterweiterung der NATO und auch der EU nach der Vereinigung Deutschlands im Jahre 1990 gab. Das Argument, die meisten Völker Ostmittel- und Südosteuropas wollten Mitglieder der EU und der NATO werden, ist nicht zwingend. Die EU und die NATO mußten nach eigenem Interesse entscheiden, ob sie diesem Wunsch folgen wollten oder aus dem übergeordneten politischen Interesse hätten ablehnen sollen, kriegsträchtige Konflikte zwischen Rußland mit seinen Nachbarn zu vermeiden. Hätte also der Westen Rußland die Neuordnung des postkommunistischen Europas in einer politischen Auseinandersetzung mit den Ostmittel- und Südosteuropäern überlassen sollen, so wie er es nach 1945 immer wieder tat, als Aufstände gegen die sowjetische Vorherrschaft 1953, 1956, 1968 und 1981 ausbrachen, weil das Interesse an Frieden und Sicherheit wichtiger war als an einer Demokratisierung des europäischen Ostens? Sollten also die Polen, die baltischen Völker, die Ukrainer, die Georgier etc. mit ihrer Demokratisierung und ihrer Einbindung in das westliche Staatensystem warten, bis Rußland sich nach einer zweiten Perestrojka selbst auf den Weg einer Demokratisierung und Verwestlichung begeben würde? Lange Zeit hat Rußland einen Unterschied zwischen der Osterweiterung der EU und der NATO gemacht. Es akzeptierte also den EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen und potentiell der südosteuropäischen einschließlich der baltischen Staaten, lehnte aber die Osterweiterung der NATO ab. Erst als sich herausstellte, daß die Staaten, die in die EU wollten, meist auch in die NATO wollten – aus welchen Gründen auch immer –,<sup>20</sup> und daß infolge der Vertiefung der EU-Integration mit der EU-Mitgliedschaft auch eine Verankerung in ihrer Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik verknüpft ist, ver-

stärkte sich die rußländische Kritik an der EU-Ostpolitik und ihren Instrumenten der Europäischen Nachbarschaftspolitik (seit 2004), der Östlichen Partnerschaft (seit 2009) und der Assoziierungsabkommen mit GUS-Staaten, insbesondere mit der Ukraine 2014.

Als Alternativen zur Osterweiterung der NATO wurden zwei Möglichkeiten diskutiert: Auflösung der NATO oder Mitgliedschaft auch Rußlands in der NATO (evtl. unter neuem Namen). Eine Auflösung der NATO wäre ein Rückfall in national eigenständige Militärpolitiken gewesen, die vermutlich die Kriegsrisiken in Europa beträchtlich erhöht hätten. Eine oft übersehene Funktion der NATO, deren Außenpolitik im einzelnen sicher zu kritisieren ist, besteht in der wichtigen Abstimmung der Rüstungen und Militärpolitiken sowie der Konfliktregulierung untereinander (insbesondere in der Ägäis). Die Mitgliedschaft eines immer autokratischer werdenden großen und mächtigen Staates in der NATO hätte dieses Bündnissystem faktisch außer Kraft gesetzt. Somit war die Einbindung Rußlands in das NATO-System durch die Partnerschaft für den Frieden und insbesondere durch den NATO-Rußland-Rat eine sinnvolle Lösung und ein wichtiges Mittel der Vertrauensbildung. Je kooperativer das Verhältnis zwischen Rußland und dem Westen wird und je mehr Rußland sich auf den Weg der inneren Demokratisierung begibt, desto mehr könnten auch die Kompetenzen des NATO-Rußland-Rates im Sinne einer stärkeren Mitbestimmung Rußlands ausgebaut werden. Es ist also ein grundsätzlicher Fehler, diesen NATO-Rußland-Rat ausgerechnet in Krisen des Verhältnisses zwischen Rußland und dem Westen wie im Falle des Jugoslawienkrieges 1999, des Südossetienkrieges 2008 oder des Donbasskrieges 2014 zu suspendieren.<sup>21</sup> Statt dessen hätte dieses Forum in allen Krisen ständig tagen und an einer Konfliktregulierung arbeiten sollen.<sup>22</sup>

Die Idee einer Mitgliedschaft der Ukraine, Georgiens oder Moldaus in der NATO ist auf un-absehbare Zeit unrealisierbar, weil die NATO sich um ein Gebiet erweitern würde, das partiell von Rußland militärisch besetzt wird und von ungelösten national-territorialen Konflikten belastet ist. Sowohl die Beendigung der rußländischen Militärpräsenz als auch der national-territorialen Konflikte läßt sich nur durch eine kooperative Konfliktregulierung mit Rußland erreichen. Will der Westen nicht auf eine innere Demokratisierung Rußlands warten, so kann er Rußland nur dadurch für eine Konfliktregulierung in seinem Umfeld gewinnen, daß er dessen Machtelite eine Einbindung in ein noch auszuhandelndes gemeinsames nordhemisphärisches Wirtschaftssystem von Vancouver bis Wladiwostok anbietet. Dies mag einige Zeit lang die Stabilisierung der Herrschaftsinteressen dieser Machtelite begünstigen, würde aber gleichzeitig längerfristig die Voraussetzungen für einen friedlichen Systemwandel schaffen, bei dem

erfahrungsgemäß reformbereite Teile der Machtelite mit unzufriedenen Bevölkerungsmassen zusammenwirken, die gewaltlos oder zumindest gewaltarm rebellieren.

Regierungen und bis zu einem gewissen Grade auch Parlamentsmehrheiten müssen vor allem die nationalen sicherheits- und friedenspolitischen, aber auch essentielle außenwirtschaftliche Interessen im Auge behalten. Gleichgültig wie autokratisch ein mächtiges Land wie Rußland auch ist, wie barbarisch sich seine jeweilige Regierung gegenüber seiner eigenen Bevölkerung, wie z. B. in seinem tschetschenischen Landesteil, verhält: zwischenstaatlicher Frieden und die Energieversorgung Westeuropas lassen sich nur in Zusammenarbeit mit diesem Regime sichern. Keine Regierung sollte die machtpolitischen Realitäten und die Erfordernisse und Beschränkungen pragmatischer Außenpolitik aus dem Auge verlieren und sich zu Handlungen ohne Erfolgsaussichten, seien sie wie auch immer moralisch begründet, hinreißen lassen, die voraussichtlich fatale politische Folgen haben können. Damit bleiben staatliche Sanktionsmöglichkeiten oftmals drastisch auf wenige symbolische Akte eingeschränkt und die Kritik an den Autokratien muß sich in gemäßigten und diplomatischen Formen äußern.

Parlamente können sich demgegenüber öffentlich durchaus kritischer äußern als Regierungen und Diplomaten. Dies hatte etwa der deutsche Bundestag beispielhaft am 6. November 2012 getan,<sup>23</sup> als er mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der Grünen seine „besondere Sorge“ über die repressiven Tendenzen in Rußland zum Ausdruck brachte.<sup>24</sup> Parteien und vor allem oppositionelle Parteien und gesellschaftliche Organisationen haben weitaus größere Möglichkeiten und Freiheiten, auf die Verletzung völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher durch osteuropäische Regierungen und mächtige gesellschaftliche Gruppen aufmerksam zu machen und gegebenenfalls die Einhaltung der Normen in gebotener Schärfe einzufordern.

Die Rußlandversther in Deutschland benutzen gern das moralische Argument, Rußland leide unter dem Trauma von 27 Millionen Toten im nationalsozialistischen, deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion<sup>25</sup> und habe deshalb ähnlich wie Israel ein besonders starkes und verständliches, Sicherheitsbedürfnis. Dieses Argument setzt umstandslos die Sowjetunion und Rußland gleich<sup>26</sup> und vernachlässigt völlig die Sicherheitsinteressen der westlichen Nachbarvölker Rußlands, die vornehmlich unter der deutschen Eroberungs- und Vernichtungspolitik gelitten haben, und verneint oft sogar die Existenzberechtigung der ukrainischen und weißrussischen Nationen.<sup>27</sup> Gabriele Krone-Schmalz übernimmt gar die Rede-weise von den 25 Millionen russischen „Landsleuten“ in den Nachbarstaaten Rußlands, die Bürger dieser Staaten und nicht Rußlands sind, und setzt Rußlands militärische Sorge um diese „Russen“ (im Donbass und auf der Krim) mit der US-amerikanischen militärischen Siche-

nung des Lebens von US-Bürgern im Irak gleich.<sup>28</sup> Sie versteigt sich sogar zu der Aussage: „Die Krim ist ureigenes russisches Land. Was Putin getan hat, ist keine Landnahme, sondern Notwehr unter Zeitdruck.“<sup>29</sup> Sie ignoriert damit die völkerrechtliche Anerkennung der territorialen Integrität der Ukraine durch Rußland und die gesamte Staatengemeinschaft. Aus der deutschen moralischen Verantwortung läßt sich keineswegs ein besonderes „Verständnis“ (im Sinne von Einverständnis) für jegliche rußländische oder auch polnische, ukrainische oder baltische Sicherheits- oder gar Expansionspolitik herleiten. Das Wissen um die deutsche Vergangenheit sollte dazu führen, alles zu tun, was zur friedlichen Konfliktregulierung zwischen Polen, der Ukraine und Rußland und allen anderen kriegsbedrohten ändern beiträgt.<sup>30</sup>

In diesem Sinne ist die äußerst gemäßigte politisch-ökonomische Sanktionspolitik des Westens gegen die rußländische Krim- und Donbass-Politik, die den Kernbereich der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen kaum tangiert, ein notwendiger, überwiegend symbolischer Protest gegen jegliche weitere Eroberungspolitik, der zwar einige ökonomische Kosten für beide Seiten hervorruft, der aber kaum einen Rückzug Rußlands von der Krim oder aus dem Donbass erzwingen kann.<sup>31</sup> Er unterstützt aber wohl den demokratischen und moralischen Widerstand in Rußland und seinen Nachbarstaaten gegen die Gewaltpolitik moralisch und entgegnet dem Vorwurf, der Westen unterwerfe sich zynisch dem Gewaltdiktat von Großmächten, wenn es seinen ökonomischen und manchen diplomatischen Interessen entspricht.

## **6 Widersprüchliche Tendenzen zur Konfliktverschärfung und zur begrenzten Kooperation zwischen dem Westen und Rußland**

Der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen ist gespannter als jemals zuvor in den vergangenen 25 Jahren. Dennoch sind die vielen Felder der begrenzten Kooperation nicht zu übersehen. Dazu trägt sicher bei, daß die NATO einerseits Rußland militärisch weit überlegen ist, aber nicht im geringsten plant, der rußländischen militärischen Expansion östlich der NATO-Grenzen bewaffneten Widerstand zu leisten.<sup>32</sup> Auch eine massive Aufrüstung Georgiens und der Ukraine unterbleibt, wohlwissend, daß die Ukrainer und Georgier die Hauptleidtragenden eines Versuches wären, Rußlands Truppen aus diesen Ländern mit Gewalt zurückdrängen zu wollen, eines Versuches, der an der überwältigenden militärischen Überlegenheit Rußlands scheitern würde. Andererseits wird niemand in der rußländischen Machtelite an einer Bereitschaft der NATO zweifeln, einem wie auch immer verdeckten militärischen Angriff auf das neue NATO-Territorium (Baltikum, Polen, Rumänien) mit entsprechenden militärischen Mitteln abzuwehren. Insofern gibt es nach wie vor eine still-



schweigende, funktionierende nukleare und konventionelle Abschreckung zwischen der NATO und Rußland. Vor allem aber kommen nach wie vor gemeinsame Interessen zwischen beiden Seiten zur Geltung. Die Sanktionen und Gegensanktionen beeinträchtigen nicht den Kern der beidseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Energiesektor, im Automobilbau und vielen anderen industriellen Sektoren. In der internationalen Politik gibt es nach wie vor wichtige Bereiche gemeinsamer Interessen bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors, der Drogenkriminalität, dem Funktionieren der atompolitischen Vereinbarung mit dem Iran, der Eindämmung der nordkoreanischen Atomrüstung, der Erzielung eines friedenspolitischen Kompromisses zur Beendigung des Bürgerkrieges in Syrien, an der Kontrolle der weltweiten Finanzmärkte und viele andere mehr. Die Regierung Obama hat den deutsch-französischen Bemühungen um eine Beendigung des Krieges im Donbass und zur Konfliktregulierung zwischen Kiew und Moskau mittels der Minsker Abkommen Unterstützung verliehen, trotz starker Stimmen in den USA und Ostmitteleuropa, die eine härteres westliches Vorgehen gegen Rußland in der Ukraine verlangten. Andererseits konnte Putin die Geister einer Vereinigung zwischen Rußland und „Neurußland“ (d. h. dem gesamten Süden und Osten der Ukraine), die er selbst geduldet und genährt hatte, in die Giftflasche expansiver Aggressionspolitik zurückdrängen, ohne sein Regime zu gefährden. Er hat auch den weiteren militärischen Vorstoß der Donbass-Separatisten auf Mariupol gestoppt und durch die massive militärische Unterstützung der syrischen Regierungstruppen und das Angebot an den Westen zur gemeinsamen Bekämpfung der Islamisten die internationale und rußländische Aufmerksamkeit erheblich vom Krieg in der Ukraine abgelenkt.

Aber nach wie vor sind die Stimmen im Sinne eines friedenspolitischen Kompromisses, wie er im fünften Abschnitt skizziert wurde, äußerst schwach. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die einheitliche westliche Sanktionsbereitschaft im Laufe der kommenden Monate bröckelt. Auch in der deutschen Rußlandpolitik bahnt sich ein bisher leichter Dissens zwischen der SPD, die eine Lockerung der Sanktionen in Schritten entsprechend den Fortschritten bei der Verwirklichung des Minsker Abkommens fordert,<sup>33</sup> und der CDU an, die auf einer vollen Umsetzung des Minsker Abkommens als Voraussetzung der Aufhebung der Sanktionen besteht. Zur Zeit spricht viel dafür, daß der Donbass-Krieg und die Krim-Annexion in einen weiteren, langanhaltenden „eingefrorenen Konflikt“ (neben den Konflikten um Transnistrien, Abchasien, Südossetien, Bergkarabach) münden, der viele östliche Staaten in Abhängigkeit von Rußland hält, ihren inneren Frieden verhindert und jegliche Aussicht der demokratischen Kräfte in diesen Staaten auf eine Eingliederung in das westliche Bündnissystem

ausschließt. Auch wenn die Integrationskraft Moskaus weiter drastisch gesunken ist, so ist seine Desintegrationsstrategie durchaus erfolgreich.

<sup>1</sup> Sieht man von der trivialen Benutzung des Ausdrucks Kalter Krieg für jeglichen Zustand erheblicher (zwischenstaatlicher) Spannungen ab, so bezeichnet der einzig historische bislang ernsthafte Kalte Krieg von 1949 bis 1962 eine Politik „am Rande des Abgrunds“, also einen Zustand der beständigen politischen und militärischen Bereitschaft, innerhalb weniger Minuten einen umfassenden Nuklearkrieg zwischen zwei Weltmächten und ihren Bündnispartnern zu beginnen. Eine solche Bereitschaft gab es weder während des von manchen Autoren so genannten Zweiten Kalten Krieges nach dem NATO-Doppelbeschluss und dem Beginn der sowjetischen Militärintervention im Dezember 1979 bis etwa 1987, als es lediglich erheblich verschärfte Ost-West-Spannungen gab, noch gibt es sie heute.

<sup>2</sup> Medick, Veit 2014: Sanktionen gegen Putin. Schröders Chance, in: Spiegel Online Politik vom 28. Juli, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-krise-schroeder-muss-putin-die-grenzen-aufzeigen-a-983116.html>.

<sup>3</sup> Erler, Gernot 2013: Schluss mit dem Russland-Bashing!, in: Die ZEIT vom 29. Mai.

<sup>4</sup> Viele Putin-Versteher sind allerdings scharfe Jelzin-Kritiker, so daß zwischen Rußland-Verstehern und Putin-Verstehern deutlich unterschieden werden kann.

<sup>5</sup> Bröckers, Mathias/ Schreyer, Paul 2014: Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren, Frankfurt am Main; Krone-Schmalz, Gabriele 2015: Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens, München; schon früh: Rahr, Alexander 2000: Wladimir Putin. Der ‚Deutsche‘ im Kreml, München. Auch Klaus von Beyme meint, vermutlich zu diesen gerechnet zu werden, obwohl sich seine Studie qualitativ wesentlich von schlicht sachlich falschen Behauptungen der bloß polemischen Schrift von Bröckers/ Schreyer und auch von manchen grotesken Aussagen und Vergleichen von Krone-Schmalz unterscheidet: Beyme, Klaus von 2016: Die Russland-Kontroverse. Eine Analyse des ideologischen Konflikts zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern, Wiesbaden, S. 10.

<sup>6</sup> Zu den Argumenten der Rußland-Versteher im einzelnen siehe Portnov, Andrij 2014: Das Mantra der Nicht-Einmischung. Glaubenssätze der Putin-Freunde, in: Osteuropa 64, Heft 9, S. 5-11. Das Verhalten der deutschen Osteuropa-Historiker zur Ukraine-Krise geißelt Wendland, Anna Veronika 2014: Hilflös im Dunkeln. ‚Experten‘ in der Ukraine-Krise: eine Polemik, in: Osteuropa 64, Heft 9, S. 13-33.

<sup>7</sup> Zu Meinungsumfragen zur Politik Rußlands und zum Ukraine Konflikt siehe z. B. Beyme (Anm. 4), S. 9 f.

<sup>8</sup> Erler, Gernot/ Schulze, Peter W. (Hg.) 2012: Die Europäisierung Russlands. Moskau zwischen Modernisierungspartnerschaft und Großmachtrolle, Frankfurt a. M./ New York.

<sup>9</sup> Siehe z. B. Schewzowa, Lilia 2009: Das System. Wie das Tandem Putin-Medwedjew einigen wenigen Macht und Reichtum sichert und die Zukunft Russlands verspielt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September; Gudkow, Lew: „Russland bewegt sich in Richtung Diktatur“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 2. Juni 2013, S. 2; Burkhardt, Fabian 2013: Neopatrimonialisierung statt Modernisierung. Deutsche Russlandpolitik plus russischer Otkat, in: Osteuropa 63, Heft 8, S. 95-106.

<sup>10</sup> Siehe z. B. Stewart, Susan 2012: Prämissen hinterfragen. Plädoyer für eine Neugestaltung der deutschen Russlandpolitik, in: SWP-Aktuell 50 August, Berlin; Umland, Andreas: Wir brauchen eine neue Ostpolitik, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 9. Juni 2013, S. 11; Heinemann-Grüder, Andreas 2013: Wandel statt Anbiederung. Deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand, in: Osteuropa 63, Heft 7, S. 179-194..

<sup>11</sup> Siehe z. B. die Kontroverse zwischen Eichwede, Wolfgang 2013: Einmischung tut not! Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde, in: Osteuropa 63, Heft 4, S. 91-100 und Spanger, Hans-Joachim 2013: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin-Feinde, in: Osteuropa 63, Heft 7, S. 169-178. Vgl. auch Schröder, Hans-Henning 2013: Russland in Europa. Anmerkungen zur deutschen Russlanddebatte, in: Osteuropa 63, Heft 8, S. 107-114 und Vogel, Heinrich 2013: Stabilität durch Evolution. Russlandpolitik zwischen Konfrontation und Kooperation, in: Osteuropa 63, Heft 8, S. 115-127.

<sup>12</sup> Kreuzberger, Stefan 2015: Die Legende vom Wortbruch. Russland, der Westen und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa 65, Heft 3, S. 95-108.

<sup>13</sup> Siehe im einzelnen die Vorlesung „Die neue Frontenbildung Rußlands und des Westens im Südkaukasus, in: Jahn, Egbert 2012: Politische Streitfragen, Band 3. Internationale Politik, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 160-176.

<sup>14</sup> Zur Bedeutung des Strebens Rußlands nach einem Großmachtstatus siehe Heller, Regina 2013: Wenn Status zur fixen Idee wird. Russland – Zur Großmacht verdammt?, in: Osteuropa 63, Heft 8, S. 45-58.

<sup>15</sup> Eine engere Verbindung sollte 1996 die Gemeinschaft Integrierter Staaten (GIS) werden mit Rußland, Belarus, Kasachstan und Kyrgystan und später auch Tadschikistan als Mitgliedern werden. Besonders eng wollten sich Rußland und Belarus nach 1995 in einem Bundesstaat Rußland-Belarus zusammenschließen. Die Mitglieder der GIS (ohne Tadschikistan) beschlossen 2000 die Bildung einer Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft. Sie wurde

2015 durch die Eurasische Wirtschaftsunion abgelöst, der auch Armenien beiträt. Der seit 1994 bzw. 2002 existierenden Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) gehören ebenfalls diese sechs Staaten an; vorübergehend waren auch Georgien, Aserbaidschan und Usbekistan Mitglieder.

<sup>16</sup> Georgien trat erst 1993 der GUS bei, aber nach dem Südossetienkrieg 2008 wieder aus. Turkmenistan ist seit 2005 nur noch beigeordnetes Mitglied und die Ukraine hat 2014 seine Mitgliedschaft faktisch suspendiert.

<sup>17</sup> Adomeit, Hannes 2012: Integrationskonkurrenz EU-Russland. Belarus und Ukraine als Konfliktfelder, in: Osteuropa 62, Heft 6-8, S. 383-406.

<sup>18</sup> Siehe hierzu die Vorlesung „Der zweite Demokratisierungsversuch in Serbien, Georgien und der Ukraine“, in: Jahn, Egbert 2008: Politische Streitfragen, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 149-165.

<sup>19</sup> Thiels, Christian 2016: Das große Mißtrauen. NATO-Raketenabwehr in Rumänien, in: Tagesschau vom 12. Mai, <https://www.tagesschau.de/ausland/nato-raketenabwehr-103.html>

<sup>20</sup> Für manche Ostmittel- und Südosteuropäer war die ökonomisch billiger zu erreichende NATO-Mitgliedschaft lediglich das Eintrittsbillet für die EU-Mitgliedschaft, die tiefgreifende Sozialreformen erfordert; für andere war der sicherheitspolitische Argument einer nicht auszuschließenden zukünftigen Bedrohung durch Rußland oder durch Nachbarstaaten wichtiger.

<sup>21</sup> 1999 tat dies Rußland, 2008 der Westen und der Westen berief auch nach dem Beginn der Ukraine-Krise 2014 den NATO-Rußland-Rat bis April 2016 nicht ein.

<sup>22</sup> So auch Wittmann, Klaus 2015: Deutsche Rußlandpolitik. Der Westen muß selbstkritischer werden, in: Der Tagesspiegel vom 30. Oktober, <http://www.tagesspiegel.de/themen/debatte-zur-deutschen-russlandpolitik/deutsche-russlandpolitik-der-westen-muss-selbstkritischer-werden/12492678.html>.

<sup>23</sup> Eichwede 2013 (Anm. 9), S. 92

<sup>24</sup> Die Stimmenthaltung der SPD rief einen scharfen Disput über die Staatsfixierung der SPD und das „moralische Exerzitium“ der Putin- und SPD-Kritiker hervor. Wolfgang Eichwede sprach von einem „historischen Fehler“ der SPD, der auf einer „etatistischen“ Denkweise beruhe. Dabei wurden recht fragwürdige Analogien zur Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs gezogen. Siehe hierzu Eichwede, Wolfgang: Einmischung tut not! Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde, in: Osteuropa 63 (4/2013), S. 91-100, hier S. 96; Studnitz, Ernst-Jörg von: Konfrontation mit Russland ist nutzlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. Mai 2013; Erler, Gernot: Schluss mit dem Russland-Bashing!, in: Die ZEIT vom 29.5.2013; Spanger, Hans-Joachim: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin-Feinde, in: Osteuropa 63 (7/2013), S. 169-178, hier S. 178.

<sup>25</sup> Vgl. die Debatte in Die ZEIT: Lau, Jörg 2013: Das bißchen Unterdrückung, in: Die ZEIT Nr. 9 vom 21. Februar, S. 7; Sandschneider, Eberhard 2013: Raus aus der Moralecke, in: Die ZEIT Nr. 10 vom 28. Februar, S. 13; Baum, Gerhart 2013: Von wegen „Moralecke“, in: Die ZEIT Nr. 12 vom 14. März, S.5.

<sup>26</sup> Eppler, Erhard 2012: Bescheidenheit könnte uns nicht schaden, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. November; Schmidt, Helmut 2014: „Putins Vorgehen ist verständlich“, in: Die ZEIT vom 27. März, S. 9, Jessen, Jens 2014: Teufelspakt für die Ukraine, in: Die ZEIT vom 27. März, S. 53. Kritisch dazu Kappeler, Andreas 2014: In Kiew entstand die Nation, in: Die ZEIT vom 3. April, S. 48; Kappeler, Andreas 2015: Im Schatten Russlands, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juni, S. 11..

<sup>27</sup> Besonders kraß Bröckers/ Schreyer 2014 (s. Anm. 4).

<sup>28</sup> Krone-Schmalz 2015 (s. Anm. 4), S. 50.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>30</sup> Alekseenkova, Elena u. a. 2016: A Shared European Home. The European Union, Russia and the Eastern Partnership, in: Friedrich-Ebert-Stiftung perspective, Mai, Berlin. Zu einem Vorschlag zum Ukraine-Konflikt siehe Jahn, Egbert 2015: Neuauflage des Ost-West-Konflikts? Friedenspolitische Herausforderungen durch die neuen Kriege in Europa, in: Osteuropa 65, Heft 3, S. 25-45.

<sup>31</sup> Manche Autoren betonen die ökonomische Überforderung Rußlands durch seine imperiale Ausdehnung, so Adomeit, Hannes 2015: Russlands imperialer Irrweg. Von der Stagnation in den Niedergang, in: Osteuropa 65, Heft 3, S. 67-93; siehe auch Adomeit, Hannes 2016: Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev. An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews, Baden-Baden.

<sup>32</sup> Klein, Margarete/ Major, Claudia 2015: Perspektiven der NATO-Russland-Beziehungen, in: SWP-Aktuell 81 September, Berlin.

<sup>33</sup> Annen, Nils 2015: Russland. Umgang mit einem schwierigen Partner, in: Friedrich-Ebert-Stiftung Perspektive, Juli, Berlin.